

II-9724 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
 FÜR
 AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DVR: 0000060

WIEN, 16.5.1990

Z1. 35.25.05/7-IV.2/89

CSSR; Parlamentarische Anfrage
 der Abg. Dr. NEIDHART und Genossen
 betr. Öffnung neuer Grenzübergänge
 zwischen Bernhardsthal und March-
 egg (Nr. 4748/J-NR/1989)

4530 IAB
 1990 -01- 22
 zu 4748 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 WIEN

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. NEIDHART und Genossen haben am 13. Dezember 1989 unter der Nr. 4748/J-NR/1989 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Öffnung neuer Grenzübergänge zur CSSR zwischen Bernhardsthal und Marchegg gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- 1) Werden Sie der CSSR die Öffnung neuer Grenzübergänge zwischen Bernhardsthal und Marchegg vorschlagen?
- 2) Wenn ja: wo werden diese neuen Grenzübergänge sein?
- 3) Wenn nein: was sind die Gründe für Ihre ablehnende Haltung?

- 2 -

Ich beeohre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

ad 1) In der Nähe von Bernhardsthal wird im Bereich Reintal/Postorna voraussichtlich am 1. Juli 1990 ein auf den Personenverkehr und zunächst nur auf österreichische und tschechoslowakische Staatsbürger beschränkter Grenzübergang eröffnet werden. Vorerst werde ich der CSSR gegenüber keinen Vorschlag auf Öffnung neuer Grenzübergänge zwischen Bernhardsthal und Marchegg unterbreiten.

ad 3) Gespräche zwischen der österreichischen und der tschechoslowakischen Zollverwaltung am 9.1.1990 in Wien sowie die 2. Sitzung der interministeriellen Expertengruppe unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für Finanzen/Zollsektion zur Koordinierung der innerösterreichischen Haltung zur Öffnung weiterer Grenzübergänge zur CSSR am 12.1.1990 haben ergeben, daß derzeit und auf absehbare Zeit hinaus weder auf tschechoslowakischer Seite noch auf österreichischer Seite die Eröffnung eines Grenzüberganges zwischen Bernhardsthal und Marchegg als realisierbar erachtet wird. Diese Haltung wird vor allem mit den sehr hohen Kosten für die Errichtung der erforderlichen Brücke über die March und den darumliegenden ausgedehnten Überschwemmungsbereich sowie mit der absoluten Priorität für die Bewältigung und Entlastung des starken Personenreiseverkehrs an den großen Grenzübergängen Berg, Drasenhofen, Kleinhauasdorf und Wullowitz begründet.

Wien, am 16. Jänner 1990

M O C K M. p.